



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 30. April 2002
- Zusammenfassung der MK im Anschluss an die Landwirtschaftskammer

Verbesserung der Einkommen ist dringlich

Die heutige Sitzung der Landwirtschaftskammer des Schweizerischen Bauernverbandes SBV stand im Zeichen der Einkommenssituation. Durch zahlreiche Voten der Delegierten wurde die schwierige Situation der Bauernfamilien untermauert. Der SBV verfolgt mit verschiedenen Massnahmen das Ziel, die unhaltbare Situation zu verbessern. Die Initiativen und Forderungen richten sich an die Marktpartner, die Konsumenten und an Staat und Gesellschaft. **Der SBV will einer auf bäuerlichen Familienbetrieben basierende Landwirtschaft eine Zukunft sichern. Dazu braucht es**

- von der ganzen Land- und Ernährungswirtschaft selbst, grosse Eigenanstrengungen, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.
- von Seiten der Marktpartner, die Bereitschaft partnerschaftlich mit der Landwirtschaft zusammenzuarbeiten und den Produzenten faire und dem schweizerischen Kostenumfeld entsprechende Preise zu bezahlen.
- von Seiten der Konsumenten, die Bereitschaft zu den einheimischen Nahrungsmitteln zu stehen.
- von Seiten des Staates, die Definition von Rahmenbedingungen, die mehr Entfaltung und weniger Einschränkungen für die Bauernfamilien zulassen, die gerechte Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und der Einsatz von Marktstützungsmassnahmen, die dazu beitragen Einkommen zu generieren.

An den Bund ergeben sich für das laufende Jahr folgende konkrete Forderungen:

- Ausschöpfung des laufenden Rahmenkredits, in dem unter anderem die Flächenbeiträge um Fr. 50.-/Hektare erhöht werden.
- Beim Abbau der Marktstützungsmassnahmen sollen die Absatzförderungsmassnahmen ausgenommen werden, was eine Verminderung des Abbaus um Fr. 20 Mio. bedeutet.
- Aufhebung der Restriktionen beim Viehexport nach Italien.
- Umsetzung der Bilateralen Abkommen II, damit verarbeitete Produkte bessere Bedingungen für den Export erhalten.

und folgende langfristige Forderungen:

- Festlegung Rahmenkredit 2004-2007, erhöht um die Teuerung.
- Massnahmen zur Verbesserung des Kostenumfeldes.
- Entschiedenenes Einstehen der Schweizer Delegation in den WTO-Verhandlungen für quantitative und qualitative Nahrungsmittelsicherheit, Erhaltung natürlicher Ressourcen, Entwicklung des ländlichen Raums.

Für weitere Informationen:

- Urs Schneider, Leiter Departement Kommunikation SBV, Tel. 056 462 51 11, Natel 079 438 97 17, oder
- Roland Furrer, Departement Kommunikation SBV, Tel. 056 462 51 11, Natel 079 432 29 15



Referat von NR Melchior Ehrler, Direktor Schweizerischer Bauernverband SBV, gehalten an der Medienkonferenz vom 30. April 2002 in Bern BE

Einkommen der Bauernfamilien unter Druck

Die Einkommen der Bauernfamilien sind unter starkem Druck. Uns ist es Anliegen und Pflicht zugleich, den Medien und der Öffentlichkeit aus erster Hand ein Stimmungsbild aus der Landwirtschaft zu vermitteln und unsere markt- und finanzpolitischen Schlussfolgerungen zu deponieren.

Zuerst präsentieren wir eine kurze Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse im Agrarsektor. Die Zahlen untermauern unsere Feststellung, die Einkommen der Bauernfamilien seien unter Druck. Zum Teil noch viel beunruhigendere Ergebnisse als Durchschnittswerte über alle erfassten Landwirtschaftsbetriebe ergeben spezielle Detailbetrachtungen oder Verteilungsanalysen.

Wir erinnern an den Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft (die mit nichtlandwirtschaftlichen Einkommen vergleichbare Grösse), der sich im Jahr 2001 auf dem tiefen Niveau von durchschnittlich 30'500.- Franken bewegte. Eine Verteilungsanalyse zeigt, dass 75 Prozent der Landwirtschaftsbetriebe ein Einkommen je Familienarbeitskraft unter 50'000.- Franken erwirtschaften. Was es konkret heisst, mit solchen Einkommen auskommen zu müssen, können Sie sich selber auszumalen versuchen.

Ein genauerer Blick auf die Kalkulation der Einkommen zeigt auch, dass immer wieder gehörte Aussagen wie "Zum Glück bekommen die Bauern zusätzlich noch Direktzahlungen" oder "der Ertrag aus der landwirtschaftlichen Produktion ist im Verhältnis zu den Direktzahlungen sowieso gering" jeglicher Grundlage entbehren (s. Anhang Berechnung Arbeitsverdienst). Die Direktzahlungen sind selbstverständlich im Rohertrag eingerechnet und der überwiegende Teil des gesamten Rohertrags stammt nach wie vor aus dem Erlös für die landwirtschaftlichen Produkte. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Landwirtschaftsbetriebe bei Wegfall der Direktzahlungen nicht kostendeckend wirtschaften können.

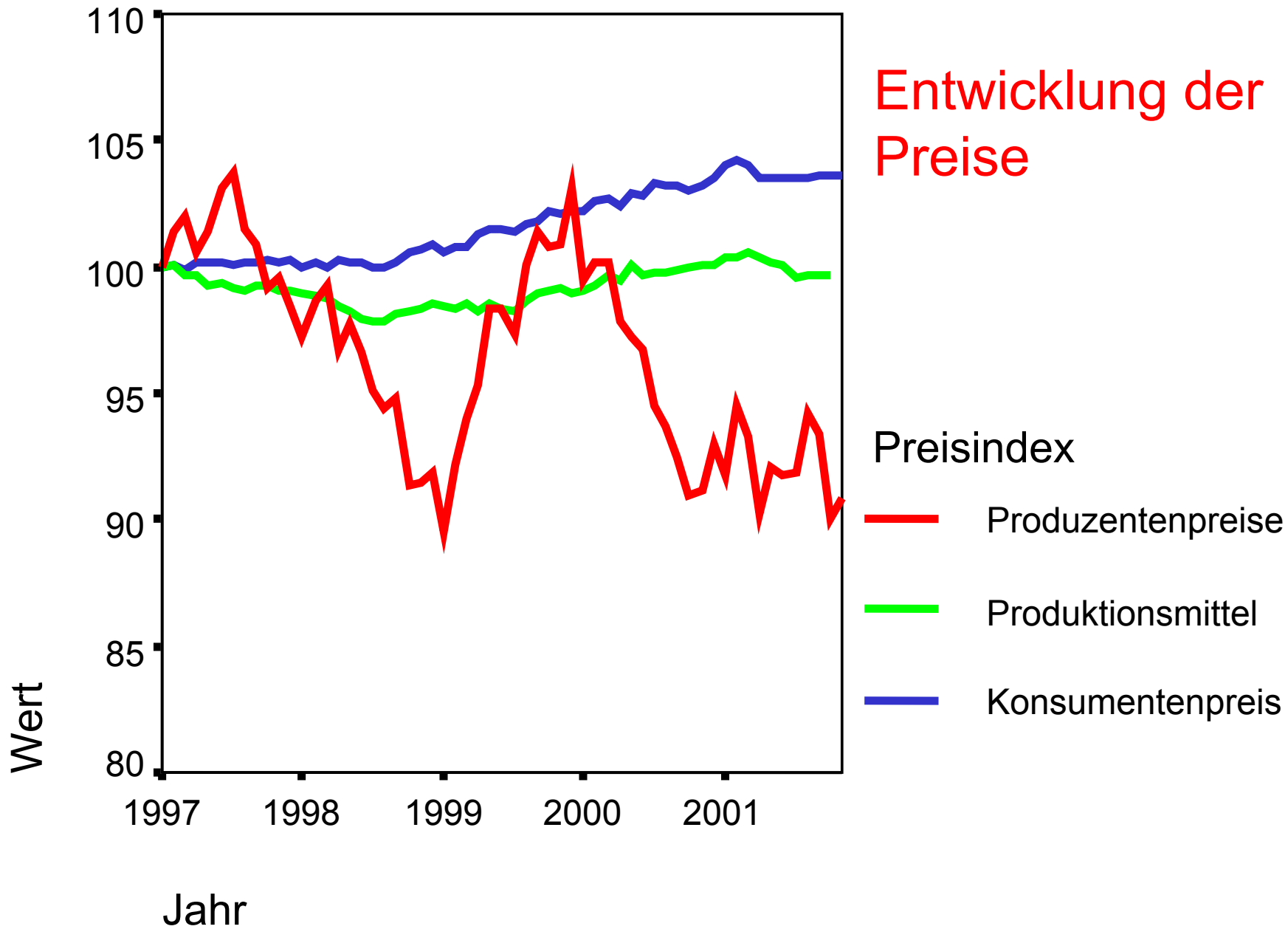
Auch wenn den Abgeltungen des Staates in Form von Direktzahlungen für besondere und nicht marktfähige Leistungen eine wichtige subsidiäre Bedeutung zukommt, führt der Weg zu besseren Einkommen für die Landwirtschaft vor allem über den Markt. Der Ausgleich der sinkenden Produktpreise durch Direktzahlungen käme die Steuerzahler teuer zu stehen.

Für den Fortbestand der einheimischen Landwirtschaft sind wir alle, als Bürgerinnen und Bürger einerseits und als Konsumentinnen und Konsumenten andererseits, mitverantwortlich. Noch unmittelbarer als politische und finanzpolitische Weichenstellungen wirken sich unsere täglichen Kaufentscheide auf das wirtschaftliche Wohlergehen der Bauernfamilien aus. Diese können die erwünschten Marktimpulse auslösen. Aus heutiger Sicht sind die Perspektiven an der Preisfront wenig ermutigend (s. Beilage Entwicklung Preise). Zwischen den Konsumenten- und Produktionsmittelpreisen einerseits und den Produzentenpreisen andererseits klafft eine Schere. Die Preise verharren hartnäckig im Keller oder drohen, z.B. bei der Milch, weiter zu sinken. Mit den bilateralen Abkommen mit der EU wird auch die internationale Konkurrenz weiter zunehmen.

Es gilt das gesprochene Wort!

Wie wird der Arbeitsverdienst berechnet ?

		1998/00 in Fr. gerundet	2001 prov. in Fr. gerundet	Diff 01 zu 98/00 in % gerundet
Rohertrag aus Pflanzenbau	+	37'500	33'200	-11.5
Rohertrag aus Tierhaltung	+	90'500	91'400	1.0
Rohertrag aus Produktion	=	128'000	124'600	-2.7
Verschiedene Roherträge	+	21'600	21'600	0.0
Direktzahlungen	+	38'600	41'400	7.3
Rohertrag total	=	188'200	187'600	-0.3
Fremdkosten	-	131'000	134'200	2.4
landw. Einkommen	=	57'200	53'400	-6.6
Zinsanspruch Eigenkapital	-	12'100	14'000	15.7
<i>Arbeitsverdienst Familien-Arbeitskräfte</i>	=	45'100	39'400	-12.6
Familienarbeitskräfte	/	1.30	1.29	-0.8
Arbeitsverdienst je Familien-Arbeitskraft	=	34'700	30'500	-12.1





Referat von NR Melchior Ehrler, Direktor Schweizerischer Bauernverband SBV, gehalten an der Medienkonferenz vom 30. April 2002 in Bern BE

Mittel- und langfristige Verbesserungsmassnahmen

Uns geht es nicht nur darum, kurzfristige Verbesserungsmöglichkeiten zu realisieren, sondern auch die mittel- und langfristig umsetzbaren Massnahmen aufzuzeigen.

Die Forderung des SBV, beim nächsten landwirtschaftlichen Rahmenkredit 2003 bis 2007 den Teuerungsausgleich zu gewähren, ist bestimmt nicht vermessen. Die Direktzahlungen, welche den Bauernfamilien als Abgeltung für besondere Leistungen und für strengere Auflagen als im internationalen Umfeld ausgerichtet werden, sind auch ein Einkommensbestandteil und müssen folgerichtig den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst werden. Alles andere bedeutet eine schleichende Erosion dieses Instrumentariums und gefährdet über kurz oder lang die ursprünglich angestrebten Wirkungen.

Auch in Zukunft werden effiziente Marktstützungsmassnahmen eine wichtige Ausgleichsfunktion übernehmen müssen. Vor einem endgültigen Kahlschlag tut hier ein Marschhalt Not.

Nach den ungehemmten Liberalisierungstendenzen der letzten Jahre zeichnet sich eine Wende ab. Der beinahe sektiererische Glaube an die Liberalisierung als Allheilmittel ist einer gewissen Ernüchterung gewichen. Wir sollten diese neuen gesellschaftlichen Tendenzen ernst nehmen, wenn wir von den zukünftigen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft sprechen. Es gibt z.B. wenig Argumente dafür, warum ausgerechnet die Schweiz bei der Abschaffung der Milchkontingente eine Vorreiterrolle auf sehr zweifelhafter Grundlage übernehmen sollte.

Eine mittel- und langfristig wirksame Stossrichtung der Eigenanstrengungen der Bauernfamilien und der Organisationen, welche sie vertreten, liegt in der Verbesserung ihres Organisationsgrads und somit ihres Gewichts auf den Märkten. Hier gibt es unbestrittenermassen Handlungsbedarf. Der in der Schweiz besonders oligopolistischen Abnehmerseite der landwirtschaftlichen Produkte müssen gleichwertige Strukturen auf der Produzentenseite entgegengesetzt werden. Verschiedene Initiativen des SBV laufen zur Zeit, z.B. im Bereich Rindfleischproduzenten.

Der SBV wird auch eine Arbeitsgruppe einsetzen, welche agrarökonomische und -politische Konzeptarbeit leisten wird. Welchen Stellenwert soll die familiäre Landwirtschaft als Haupterwerbszweig im Zukunft noch haben, welche Bedeutung soll Erwerbsskombinationen zukommen? Der SBV will sich hier nicht um seine Mitverantwortung drücken, im Gegenteil.

Auf internationalem Parkett ist es von überragender Bedeutung, dass im Rahmen der nächsten WTO-Verhandlungsrunde die Schweizer Delegation dezidiert für die Interessen unserer Bauernfamilien eintritt. Insbesondere müssen die Verhandlungen darauf ausgerichtet sein, mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung konkrete Lösungen für die quantitative und qualitative Nahrungsmittelsicherheit, für die Information der Konsumenten, für die Erhaltung natürlicher Ressourcen und für die Entwicklung des ländlichen Raums zu verwirklichen.

Es gilt das gesprochene Wort!



Referat von NR Hansjörg Walter, Präsident Schweizerischer Bauernverband SBV, gehalten an der Medienkonferenz vom 30. April 2002 in Bern BE

Eigenanstrengungen der Bauernfamilien und Mitverantwortung des Staates

Es ist nicht die Absicht des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV), den Staat für die wirtschaftlich angespannte Situation der Bauernfamilien allein verantwortlich zu machen. Als Unternehmer wissen sie genau, dass ihre Eigenanstrengungen ihr wirtschaftliches Wohlergehen in wesentlichen Teilen mitbestimmen. Trotzdem weisen wir auf die Mitverantwortung des Staates hin. Verschiedene Besonderheiten des Agrarsektors rechtfertigen das staatliche Engagement im heutigen Umfang. Damit werden heute nicht marktfähige Leistungen der Landwirtschaft zugunsten der Gesellschaft abgegolten.

Der 1996 mit einer Volksmehrheit von gegen 80 Prozent verabschiedete Landwirtschaftsartikel (BV Art. 104) beauftragt den Bund, dafür zu sorgen, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Versorgung der Bevölkerung, zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Pflege der Kulturlandschaft sowie zur dezentralen Besiedlung des Landes leistet. Diese Leitschnur darf bei allen Diskussionen um Reformen im Agrarsektor und um die Bundesfinanzen nie aus den Augen verloren gehen.

Es verdient grosse Anerkennung, wie offensiv und innovativ die grosse Mehrheit der Schweizer Bauernfamilien auf die Herausforderungen der Agrarreform reagierte. Es werden grosse Anstrengungen unternommen, um kostengünstiger zu produzieren sowie besser zu vermarkten und dies bei gleichzeitiger Verbesserung der ökologischen Leistungen. Man kann der Landwirtschaft angesichts des in hoher Kadenz fortschreitenden Wandels kaum zementierte Strukturen vorhalten. Das durchschnittliche Einkommen der verbleibenden Betriebe liegt trotzdem unhaltbar tief. Zahlreiche sind im Gefolge der Agrarreform in existenzielle Schwierigkeiten geraten. Die daraus resultierende physische und psychische Belastung ist zu einem echten Problem geworden. Diese Tatsachen können nicht einfach ausgeblendet werden.

Angesichts des gegenwärtigen politischen Hickhacks um die Bundesfinanzen ist es den Bäuerinnen und Bauern ein wichtiges Anliegen, den Staat und die gesamte Gesellschaft in unserem Lande in die Pflicht zu nehmen. Der wirtschaftliche Druck, der auf ihnen lastet, lässt keinen finanzpolitischen Spielraum zu. Kurzfristig geht es darum, den bestehenden landwirtschaftlichen Rahmenkredit voll auszuschöpfen. Eine Erhöhung der Flächenbeiträge um 50.- Franken je Hektar könnte im Rahmen des bestehenden Kredits abgewickelt werden und wäre als eine erste Sofortmassnahme im Sinn des Art. 5 des Landwirtschaftsgesetzes (Einkommen) gerechtfertigt.

Bei der Mitverantwortung des Staates geht es aber nicht nur um Direktzahlungen und Finanzpolitik, sondern auch um die Schaffung möglichst guter Rahmenbedingungen für die einheimische Landwirtschaft im nationalen und internationalen Marktumfeld.

Zum Beispiel erwarten wir beim immer noch blockierten Viehexport nach Italien endlich konkrete Resultate der zuständigen Behörden. Diese unterdessen leidige Angelegenheit droht angesichts der übrigen bilateralen Probleme mit Italien unterzugehen.

In besonderen Fällen sind auch direkte Marktstützungsmassnahmen als probates und effizientes Mittel der Einkommenssicherung angebracht. Im Zusammenhang mit den bilateralen Abkommen mit der EU beharren wir auf 20 Millionen Franken Marktstützung für den Milchsektor als Begleitmassnahme.

Erlauben Sie uns noch einen Hinweis auf die laufende BVG-Revision. Die im Nationalrat getroffenen Entscheide würden laut Berechnungen unserer Spezialisten zu einer Verteuerung der Kosten für die 2. Säule in der Landwirtschaft um 100 Prozent führen. Das Gleichgewicht zwischen vernünftiger sozialer Sicherheit und verkraftbaren Sozialkosten wird so eindeutig überstrapaziert. Eine Nachbesserung im Ständerat ist deshalb vordringlich.

Als weitere Sofortmassnahme appellieren wir auch an die Fairness und an das Verantwortungsbewusstsein unserer Marktpartner. All die schönen Labelprogramme, Natura-Pläne und hoffnungsvollen Ansätze zu einem neuen schweizerischen Herkunftszeichen sind reine Augenwischerei, wenn damit nicht ein echtes und langfristiges Engagement für die Schweizer Bauernfamilien verbunden ist. Wir vermissen auch



SBV Schweizerischer Bauernverband **USP** Union Suisse des Paysans **USC** Unione Svizzera dei Contadini **UPS** Uniun Purila Svizra

Transparenz. Eine Gegenüberstellung der sinkenden Produzentenpreise und der mehr oder weniger konstanten Konsumentenpreise macht schnell einmal klar, dass die Margen zu Lasten der Produzenten anwachsen. Kann das alles mit anfallenden höheren Kosten begründet werden, wie wir das in Gesprächen mit Vertretern der Grossverteiler immer wieder zu hören bekommen?

Es gilt das gesprochene Wort!